



Friedensmacht Europa !?!

Seit vielen Jahrzehnten ist offen, wie und wohin sich die Europäische Gemeinschaft entwickeln soll. Soll es eine Friedensmacht sein, also bewusst auf eine eigene führende weltpolitische Rolle verzichten, dem Multilateralismus den Vorrang geben? Soll es mehr eine Wertegemeinschaft, denn eine Machtgemeinschaft sein? Oder soll sich die Europäische Union (auch) zu einer schlagkräftigen Verteidigungsgemeinschaft entwickeln, die dadurch automatisch auch weltpolitisches, weil militärisches, Gewicht erhält und damit auch im „Konzert der Weltmächte“ eine eigene Position einnehmen wird. Eng und untrennbar mit dieser Frage verbunden ist die Frage, wie sich Deutschland, der weltwirtschaftliche Riese und (gewollt) machtpolitische Zwerg verhalten wird bzw. will. Zusammen mit Frankreich und dessen militärischen Fähigkeiten könnte – mit dem entsprechenden Willen – Deutschland ohne Weiteres in kürzester Zeit ein geopolitische Mittelmacht werden. Gleichzeitig vertritt Deutschland bis heute teilweise eine Position, die von den Europäischen Föderalisten seit dem Hertensteiner Programm 1946 (Pkt. 9) gefordert wird: „Die Europäische Union richtet sich

gegen niemand und verzichtet auf jede Machtpolitik, lehnt es aber auch ab, Werkzeug irgendeiner fremden Macht zu sein.“

Dies im Sinne von

- nie wieder Krieg,
- nie wieder Auschwitz,
- nie wieder Völkermord,
- nie wieder Faschismus,
- nie wieder Alleingänge.



2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis „für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“.

2017 erhielt die Europäische Union den Prinzessin-von-Asturien-Preis für Eintracht. Die Verleihung des Friedensnobelpreises wurde auch kritisiert. Ehemalige Preisträger erklärten z. B., die EU sei „eindeutig kein Vorkämpfer für den Frieden“ und die Entscheidung verfälsche den

Willen Alfred Nobels. Die Beiträge in unserem Heft 2 des 60. Jahrgangs widmen sich vor allem dieser Frage der „Friedensmacht Europa“ aus den verschiedensten Blickwinkeln (Red).

Inhalt

	Seite
Titelstory: Friedensmacht Europa !?!	1
Impressum	2
Déjà-vu Nordirland?	3
Visafreiheit für US-Bürger?	3
Europa als Friedensmacht - eine Annäherung	4
Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft	6
Mahnende Zeugnisse des europäischen Gegeneinanders	8
Memoriam Heinz Stritzl	11
Wie Europa-Kritik nicht funktionieren sollte	13
Konferenz für die Zukunft Europas ist gestartet!	14
EuropaUnion Vorarlberg	15
JEF Österreich	15
#EUROPAGEGENCovid19	16
Europa-Wikipedia	19
Mauern in Europa	20
Unser Max!	20

Blattlinie: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitung, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

Zitervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, Jungen Europäischen Föderalisten und EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name weitergeführt wird und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag, Mag. Dr. Anton Schäfer LL.M. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL.M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Edition.eu.com. E-Mail-Redaktion: office@Europastimme.eu. E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org. Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens 4-mal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Webadresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu>. Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abonnementbestellungen sind jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingehen. Preise für das Abonnement und den Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Bei zugesendeten Manuskripten behält sich der Verlag bzw. die Redaktion die Kürzung entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag oder der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Lizenz Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – in Print oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge als auch für zitierte Beiträge. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlages, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen.

Bei allen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter.

ISSN: 0014-2727 (print) und ISSN: 2791-402X (online)

P.b.b.

Aktuelles

Déjà-vu Nordirland?

Bereits bei den Brexit-Verhandlungen war das Thema des Verhältnisses zwischen der Republik Irland und Nordirland ein sehr intensiv diskutiertes Thema. An diesem schien auch längere Zeit das gesamte Austrittsabkommen zu scheitern.¹ Schlussendlich wurde dann ein eigenes Protokoll zu Nordirland mit Bezug zum Austrittsvertrag vereinbart. Ziel des Protokolls ist es, Warenkontrollen an der Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland zu verhindern (betrifft also nicht Personenkontrollen, die seit 1997 wieder durchgeführt werden).

Das Protokoll zu Nordirland trat, wie das Austrittsabkommen, am 1.1.2021 vorläufig in Kraft. Dadurch wurden Warenkontrollgrenzen zwischen der britischen Insel und Nordirland notwendig. Dies wiederum rief in Nordirland – vor allem bei den Unionisten² – Verärgerung hervor und die ungenügende Vorbereitung führte auch zu Engpässen bei einigen Waren in Nordirland. Dies wiederum führt dazu, dass sich einige der Unionisten nicht mehr an das Karfreitags-Friedensabkommen von 1998 gebunden fühlen wollten. Das Karfreitag-Friedensabkommen von 1998 hatte den jahrzehntelangen Bürgerkrieg (Nordirlandkonflikt) beendet.

Die Regierung unter Premier Boris Johnson in London kündigte daraufhin an, Zollerleichterungen für Agrar- und Lebensmitteltransporte in die britische Provinz einseitig bis zum 1. Oktober 2021 zu verlängern. Zulässig wäre eine solche Verlängerung jedoch nur bis Ende März 2021. Die EU sah im Vorgehen der Regierung unter Boris Johnson eine unzulässige Verletzung des Nordirland-Protokolls und drohte mit rechtlichen Schritten.

¹ TRADE AND COOPERATION AGREEMENT BETWEEN THE EUROPEAN UNION AND THE EUROPEAN ATOMIC ENERGY COMMUNITY, OF THE ONE PART, AND THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND, OF THE OTHER PART vom 24.12.2020, vorläufig zum 1.1.2021 in Kraft getreten. Durch das Europäische Parlament am 28.4.2021 genehmigt.

² Unionistengruppen sind z. B.: Ulster Volunteer Force, die Ulster Defence Association und das Red Hand Commando.

Das Europäische Parlament vertagte daraufhin die Zustimmung zum Austrittsvertrag.

Am 15.03.2021 teilte die EU-Kommission mit, dass ein Verfahren gegen Großbritannien wegen Verletzung des EU-Austrittsvertrags eingeleitet wurde. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben beim Gipfeltreffen am 24. Mai 2021 nochmals die vollständige Umsetzung der im Zuge des Brexits vereinbarten Abkommen mit Großbritannien eingefordert.³ Dieser Streit belastet nicht nur die politischen Beziehungen in Irland, sondern auch ganz wesentlich die wirtschaftlichen zwischen der EU und Großbritannien. So beruft sich z. B. ein britisch-schwedischer Pharmakonzern auf britische Ausfuhrbeschränkungen, die verhindern würden, dass er COVID-19-Impfstoffe in die EU liefern könne.⁴

Visafreiheit für US-Bürger?

Die USA verlangen Visa von Unionsbürgern aus Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Zypern. Umgekehrt besteht für alle US-Bürger bei Kurzaufenthalten in der EU keine Visapflicht. Die Kommission müsste bereits seit April 2016 gegen diese Ungleichbehandlung vorgehen – tut es aber nicht.

Das Europäische Parlament (EP) kritisiert dies in einer Resolution vom Oktober 2020 und will nun Klage gegen die EU-Kommission wegen ungerechtfertigter Visaerleichterungen für die USA erheben.

Der Rechtsausschuss des EP hatte sich am 1. März 2021 für die Klage ausgesprochen.

Die EU-Kommission lehnt die Einforderung der Gleichbehandlung gegenüber der USA ab, da dies „erhebliche negative Folgen“ für die transatlantischen Beziehungen und für EU-Bürger haben könnte.⁵

³ <https://orf.at/stories/3214586/> vom 25. Mai 2021.

⁴ <https://www.rnd.de/politik/brexit-eu-startet-verfahren-gegen-grossbritannien-wegen-vertragsverletzung-77EG4XNRJS4XABAZGYJYLWQD2E.html> Brexit-Streit: EU startet Verfahren gegen Großbritannien, Webseite: rnd.de vom 15. März 2021.

⁵ <https://orf.at/stories/3203811/> vom 3. März 2021 und <https://orf.at/stories/3204004/> vom 4. März 2021.

Europa als Friedensmacht - eine Annäherung

Adolf T. Schneider, Vizepräsident Mérite Européen Deutschland



Urkunde zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU (Quelle: User Meechum, <http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:NobelUE2012.jpg>)

Im Jahre 2012 wurde der Europäischen Union, für viele völlig überraschend, für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa der Friedensnobelpreis verliehen. Das norwegische Nobelkomitee be-

gründete seine Entscheidung mit „*der stabilisierenden Rolle der EU bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens*“, deren größte Errungenschaft „*ihr erfolgreicher Kampf für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte*“ sei. Dieses Engagement entspricht dem durch Alfred Nobel formulierten Kriterium für die Vergabe des Friedensnobelpreises. Der spätere Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, betonte in diesem Zusammenhang: „*Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen!*“

Fondation du Mérite Européen



François Visine (links) und Jacques Santer (rechts) (Quelle: Fondation du Mérite Européen, http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fran%3%A7ois_Visine-Jacques_Santer-M%3%A9rite_Europ%C3%A9en.jpg)

Neben den Aktivitäten der Berufspolitiker ist es unerlässlich, dass sich auch die Bürgergesellschaft engagiert, denn Europa muss gelebt werden und Frieden ist mehr als das Wegbleiben von Krieg. So wurde beispielsweise vor mehr als 50 Jahren die

Luxemburger Stiftung Mérite Européen durch Dr. Dr. Francois Visine, einem leitenden französischen Nato-Beamten, gegründet, der seiner Vision „*Europa muss eine real existierende Gemeinschaft, eine humanistische und*

offene Gemeinschaft bilden“ einen konkreten Handlungsrahmen geben wollte.

Vor dem Hintergrund der heutigen Lage in und um Europa ist auch das folgende Zitat des Visionärs Visines hochaktuell: „*Frieden wäre leichter möglich, wenn man die Menschheit dazu bewegen könnte, unterschiedliche Ideen, Sprachen, Zivilisationen, ethische Grundsätze und Religionen zu achten.*“ Das ist die Grundlage, auf der wir die längste Friedenszeit in unserer Region erleben durften. Aber nicht erst seit den Veränderungen der allgemeinen Sicherheitslage und den absehbaren Verlagerungen des Engagements der US-Amerikaner müssen die Europäer ihren Gestaltungswillen hinsichtlich eigener Verteidigungs- und Sicherheitsarchitekturen verstärkt und beschleunigt umsetzen.

Friedensordnung und Instrumente

Man kann bewerten, dass die Europäische Union von ihrer Gründung an ein Projekt des Friedens war, welches durch die Vergemeinschaftung strategisch wichtiger Güter (siehe: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) und insbesondere nach den zwei Weltkriegen durch die Annäherung der früheren Feinde eine innereuropäische Friedensordnung geschaffen hat.

Seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft war in der europäischen Politik und den europäischen Institutionen die Vorstellung Europa als Zivilmacht unwidersprochen die Grundlage der Zusammenarbeit. Dieser Ansatz war geprägt vom Idealismus und wurde insbesondere in den 1970er Jahren populär vertreten wie z.B. von Jean Monnets Berater François Duchêne, der sich für eine Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur einem „*Kraftzentrum für weltweite Verbreitung staatsbürgerlicher und demokratischer Normen*“ einsetzte. Dabei war mit dem Begriff Zivilmacht die Absage an militärischen Möglichkeiten zur Durchsetzung der eigenen Interessen gemeint.



Spätestens das Ende des kalten Krieges und der Erkenntnis fehlender Mittel bei der Durchsetzung politischer Ansprüche wie z.B. beim Kosovokrieg, bei dem die EU quasi handlungsunfähig war, führte Ende der 1990er Jahre zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Dabei wurde ein professionelles Krisenmanagement aufgebaut und eingesetzt.

Seitdem wurden neue Sicherheitsbedrohungen bedeutender und so genannte „Petersberg-Aufgaben“ wie friedenserhaltende Maßnahmen, humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze und eben Krisenbewältigung stehen seit dieser Zeit im Fokus. Da bemerkt wurde, dass Europa bei der Umsetzung ihrer eigenen Ziele robustere Instrumente fehlten, wurde 2017 die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, PESCO (Permanent Structured Cooperation) geschaffen mit dem Ziel einer verbesserten militärischen Leistungsfähigkeit.

Friedensmacht Europa



Friedensstaube am Altmarkt.
Quelle: User Concord,
http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Friedensstaube_Altmarkt.JPG

Friedensmacht besser an als Zivilmacht und gar Militärmacht, aber letztendlich müssen Ansprüche und Interessen in einer nicht immer friedlichen Welt auch durchsetzbar sein. Dabei soll hier nicht auf die Idee einer gemeinsamen

Der Begriff Friedensmacht Europa (oder Europäische Union) ist seit Jahrzehnten in Gebrauch und wird regelmäßig ohne feste Definition als politisches Schlagwort eingesetzt. So forderte z.B. Manfred Weber im Jahre 2020, dass die EU sich zur globalen Friedensmacht entwickeln müsse. Natürlich hört sich

europäischen Armee näher eingegangen werden, aber es muss zu einer Verbesserung der militärischen Optionen und Handlungsfähigkeiten kommen.

Eine verklärte Sicht auf den Begriff Friedensmacht hilft in einer sich wandelnden Sicherheitslandschaft ebenso wenig weiter wie eine rein akademische Kategorisierung der Begriffswelt in Zivil-, Militär- und Friedensmacht und die Ausgrenzung der jeweils anderen Vorstellung. Vielmehr ist eine Weiterentwicklung des Friedensmacht-Begriffes notwendig. Die Ansätze von Dr. Hans-Georg Ehrhardt vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sollen hier als eine Herangehensweise genannt werden. Ehrhardt überwindet die Abgrenzung der o. g. Kategorisierungen und schließt aus der Wahrnehmung, dass „oftmals ein simples Verständnis von Zivilmacht als Gegensatz zu Militärmacht vorherrscht“ und durch die besonderen Veränderungen in der Sicherheitslandschaft, dass ein anderes Konzept notwendig sei, nämlich das einer Friedensmacht mit adäquaten zivilen und militärischen Machtmitteln. Eine Friedensmacht EU müsse „erstens normativ auf kooperative Sicherheit und friedlichen Wandel ausgerichtet sein, zweitens präventiven Strategien eindeutig Vorrang einräumen, ohne jedoch regelkonforme Interventionen mit Zwangsmitteln auszuschließen, drittens über die notwendigen zivilen und militärischen Instrumente zur Verteidigung und konstruktiven Konfliktbearbeitung verfügen, viertens eng mit gesellschaftlichen Akteuren, insbesondere mit Nichtregierungsorganisationen, zusammenarbeiten und fünftens intensive kooperative Beziehungen zu internationalen und regionalen Sicherheitsorganisationen unterhalten, insbesondere über den Sicherheitsrat Militärinterventionen mandatierenden UNO.“ Ehrhardts Ausführungen erscheinen pragmatisch und realistisch.

unsere Zukunft
gEMF@ms@m
seit 1957



Ein persönlicher Ausklang

Fraglos sind die positiven Entwicklungen eines gemeinsamen Europas im privaten Umfeld am ehesten fühlbar. Wurde Anfang der 1950er begonnen, auch mittels Städtepartnerschaften und Freundeskreisen das Zusammenwachsen der Völker zu beschleunigen und das gegenseitige Verständnis zu erhöhen, so ist es für die meisten jungen Menschen heute eine Selbstverständlichkeit quer durch Europa zu reisen – ohne oder mit wenig Passkontrollen und meist der gleichen Währung. Programme wie ERASMUS fördern das Verständnis für andere Kulturen und Lebensumstände.

Deswegen unterstütze ich zum Beispiel Mérite Européen Deutschland mit unseren Aktivitäten für die Idee eines Lebens in Frieden und Freiheit in Europa. Unser Motto lautet: **Europa wollen – seine Probleme erkennen – für seine Verwirklichung handeln**. Helfen auch Sie mit und werden aktiv – jeder im Rahmen seiner

Möglichkeiten: in Ihren Unternehmen, Behörden, Streitkräften, Institutionen oder als Privatperson in Vereinen, Verbänden, Bewegungen. Wenn nicht Sie, wer denn? Wenn nicht jetzt, wann dann?

Zum Autor: Dipl.-Ing.

EUR-Ing. Adolf T. Schneider engagiert sich seit seiner Jugend ehrenamtlich für Europa und wurde dafür u.a. mit dem Mérite Européen und dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.



Der Unternehmer in Vallendar am Rhein und Oberst der Reserve ist einer der Gründer der Mérite Européen Deutschland Freundes- und Förderkreis e.V. und wurde in den Verwaltungsrat der Luxemburger Fondation du Mérite Européen berufen. In dem Artikel gibt er seine persönliche Einschätzung wieder.

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Anton Schäfer

Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe kann nicht an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vorbeigehen.¹ Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch Montanunion) war von Anfang an als supranationales Gebilde geplant und von den Gründungsvätern als Grundstein für eine weitere und engere wirtschaftliche Kooperation vorgesehen. Parallel zu diesen EGKS-Verhandlungen wurden auch Konferenzen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft², eine Europäische Politische Gemeinschaft³ und eine „Agrar - Union“ (franz. Memorandum v. 24.3.1951) abgehalten. Die

Anstrengungen zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurden nach dem erfolgreichen Abschluss des Montanunionvertrages verstärkt. Diese kleinen Schritte wurden als erforderlich erachtet, nachdem im Zuge der politischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg klar geworden war (z. B. „Kalter Krieg“, Diskussion Wiederbewaffnung der BRD, Nordkoreakonflikt), dass der „Bundesstaat Europa“ nicht auf einmal errichtet werden kann.⁴

Im Gegensatz zum Europarat, der eine rein internationale Organisation verkörpert, sollte die EVG, wie die Montanunion, als supranationales Gebilde befristet auf vorerst 50 Jahre geschaffen werden.

¹ Dieser Beitrag beruht auf dem Buch von Anton Schäfer: „Verfassungsentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union“ (<http://verfassungsvertrag.eu>).

² Siehe Anton Schäfer, Verfassungsentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union, Pkt. II.22.

³ Siehe Schäfer, Verfassungsentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union, Pkt. II.23.

⁴ Siehe Schäfer, Verfassungsentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union, Pkt. II.22.b, Artikel 8 §2.

Formell angeregt wurde die Schaffung einer Europäischen Armee von Winston Churchill mit seinem Antrag im Europarat vom 11.8.1950 unter Zusammenarbeit mit Großbritannien, den USA und Kanada. Diese enge Zusammenarbeit zeigte sich auch anlässlich der Vertragsunterzeichnung, bei der die Vertreter dieser Staaten mitunterzeichneten. Der EVG-Vertrag¹ wurde von vielen Vertretern der europäischen Einigungsidee mit Begeisterung aufgenommen. Johann Adolf Graf Kielmannsegg, ein Mitglied der deutschen Verhandlungsdelegation zur EVG, bezeichnet die EVG so: „Europa ist das Ziel, Verteidigung der Zweck und Gemeinschaft das Mittel.“

Auch im EVG - Vertrag wird immer wieder auf die weitere und engere Zusammenarbeit - die in einem Europäischen Bundesstaat enden sollte - Bezug genommen.²

Der EVG-Vertrag wurde am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnet. Dieser Vorschlag Frankreichs für eine gemeinsame defensive Verteidigungspolitik unter Einschluss der Bundesrepublik Deutschland sollte u.a. dem Plan der USA zuvorkommen, bundesdeutsche Streitkräfte zu gründen, was im Plevan-Plan („Der französische Plan zur Verteidigung des Westens“³) selbst auch deutlich zum Ausdruck kommt.

Die zuerst geplante, abhängige und subalterne Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland mit verringerten Kompetenzen wurde schlussendlich aufgegeben und die geplanten bundesdeutschen Truppenkontingente denen der anderen Mitgliedsstaaten der EVG vollkommen gleichgestellt.

Die EVG sollte nach Willen der französischen Regierung untrennbar mit politischen Institutionen eines vereinten Europas verbunden sein (Europäische Politische Gemeinschaft - EPG). Dabei wurde mehr als nur ein Zusammenschluss nationaler militärischer Einheiten angestrebt. Eine neue und eigene, selbständige Organisation unter Verschmelzung der nationalen Truppen und Militärmaterials, der Koordination der Rüstungsindustrie u.a.,

dessen Oberbefehlshaber ein, den nationalen Regierungen und der zu gründenden Europäischen Versammlung, politisch verantwortlicher Verteidigungsminister sein sollte.

Beistandsverpflichtungen bei Aggressionen von außen und bei Notfällen waren vorgesehen.

Die Organe der EVG sollten ein Ministerrat, eine Versammlung⁴, ein gemeinsamer Gerichtshof der Montanunion und der EVG⁵ und, als ausführendes politisches Organ, ein Kommissariat⁶, sein.

Die Versammlung der EVG⁷ wurde klar als Vorläufer eines zukünftigen europäischen Parlaments vorgesehen. Neben diesen Hauptorganen der EVG waren auch noch spezielle unabhängige Nebenorgane vorgesehen. So der Finanzkontrolleur, die Rechnungsprüfungsbehörde und der Beratende Wirtschaftsausschuss (mit ca. 20 bis 30 Mitgliedern).

Bedingt durch die Atempause im Kalten Krieg nach dem Tode Josef Stalins (+5.3.1953) kam es, dass die EVG grundsätzlich an dringender politischer und militärischer Brisanz verlor. Die Stationierung amerikanischer Truppen in Westdeutschland, die potenzielle Präsenz der Atombombe in Europa und die effiziente Zusammenarbeit in der NATO unter wesentlicher Beteiligung der europäischen Staaten übernahm die primär wichtigsten militärischen Aspekte der EVG. Der Wiederaufbau der Wirtschaft, innenpolitische Probleme in Frankreich, das beginnende „Wirtschaftswunder“ und das Wiedererstarben des Nationalbewusstseins („Wir sind wieder wer“) taten ein Übriges.

Damit verlor auch der Plan für eine Integration der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) an Aktualität und Dringlichkeit.⁸

¹ Text siehe Schäfer, Verfassungsentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union, Pkt. II.22.b.

² Vgl. z. B. Artikel 38 §1 lit. c, 1. Unterabsatz

³ siehe Schäfer, Verfassungsentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union, Pkt. II.22.a)

⁴ Vgl. Pkt. II.22.b. Artikel 33 §1. Die EVG Versammlung sollte 87 Mitglieder umfassen und sollte Teil der Versammlung der Montanunion sein.

⁵ Siehe Artikel 51 bis 67.

⁶ Artikel 19 bis 32.

⁷ Artikel 33 bis 38.

⁸ Siehe auch die Entschlüsse des Verfassungsausschusses der ad hoc - Versammlung vom 20. Dezember 1952.

Mahnende Zeugnisse des europäischen Gegeneinanders

Oberst Prof. Erwin Fitz

„Kriegsgräber sind die großen Prediger und Mahner zum Frieden. Ihre Bedeutung wird immer zunehmen.“ Friedensnobelpreisträger, Arzt und Humanist Dr. Albert Schweizer

In den letzten 500 Jahren hat es in Europa rund 130 Kriege von unterschiedlichem Ausmaß gegeben. Europa war über Jahrhunderte ein Kontinent der Kriege. Ein gewaltfreies Zusammenleben in Europa war selbst im 20. Jahrhundert keine Selbstverständlichkeit. Kriegsgräber in Europa führen deutlich vor Augen, wohin das europäische Gegeneinander führt.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts standen sich die meisten Staaten Europas, organisiert in militärischen Bündnissen feindlich gegenüber. Es herrschte Unversöhnlichkeit und Gewalt in einem kaum bekannten Ausmaß. Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 forderte in Europa von den insgesamt 63,99 Millionen aufgebotenen Soldaten ca. 9,56 Millionen Tote (ca. 15%). Davon über zwei Millionen Kriegstote aus Deutschland (ca. 15%), fast 1,5 Millionen aus Österreich-Ungarn (ca. 19%), über 1,85 Millionen aus Russland (ca. 15%), annähernd 680.000 aus Italien (ca. 14%). Frankreich hatte über 1,3 Millionen (ca. 16%), Großbritannien rund 750.000 (ca. 12%) militärische Todesfälle zu beklagen. Etwa 20 Millionen Soldaten wurden verwundet. Millionen von Menschen waren durch den Krieg traumatisiert. Hinter diesen nackten Zahlen stehen Menschen mit einem Namen und mit einem Gesicht, stehen menschliche Schicksale.

Die gesamten direkten Kriegsausgaben von 1914 bis rund 1918 betrug 1016 Milliarden

Goldmark, das wären nach heutigem¹ Goldwert 18.114 Milliarden Euro.

Der Erste Weltkrieg bewirkte vor allem in Europa eine erhebliche Veränderung der politischen Landkarte. Es handelte sich bei dieser Auseinandersetzung anfänglich um einen „Bürgerkrieg“ der europäischen Staaten. Die von den Siegermächten einseitig bestimmten Friedensverträge von 1919 legten bereits den Grundstein für einen neuen, noch größeren Weltenbrand. Kaum 20 Jahre später begann ein weiterer Krieg in Europa, der sich bald zu einem erneuten Weltkrieg mit noch mehr Toten ausweitete. Was 1939 bis 1945 in einer noch nie dagewesenen europäischen Katastrophe endete, begann schon 1914. Raymond Aron, der französische Publizist, Soziologe und Philosoph, bezeichnet die Jahre von 1914 bis 1945 als 30jährigen Krieg. Dieser zweite 30jährige Krieg hat auch in unserem Volk schreckliche Wunden geschlagen.

Ein beträchtlicher Teil meist junger Männer zweier Generationen in Europa fiel auf den gleichen Schlachtfeldern. Die Überlebenden waren durch die Kriegsereignisse oft schwer gezeichnet.

In allen europäischen Ländern finden wir sie, die stummen Zeugen einer leidvollen gemeinsamen Geschichte. In den Städten und selbst in den kleinsten Dörfern sind sie zu finden, die Denkmäler oder die Kriegsgräber bzw. Kriegerfriedhöfe mit den Namen und Daten der Gefallenen und unmittelbar an Kriegsfolgen Verstorbenen. Es waren meist junge Leute, welche ihr Leben verloren.

¹ Kurs vom 9. Juni 2021

Dabei macht es kaum einen Unterschied, in welchem europäischen Land man sich befindet, sehr oft sind die Namen der Kriegsschauplätze und der Schlachtfelder der Kriegsparteien für beide Weltkriege ident.

Es gibt kaum eine Familie in unserem Land, die nicht auf den Schlachtfeldern der beiden Weltkriege, in den Bombennächten, in der Heimat, in der Gefangenschaft oder bei der Vertreibung Angehörige oder nahe Freunde verloren hat. Unzählige Familien in Europa und in der Welt teilen dieses Schicksal.

Wir wollen diese Toten nicht vergessen. Wir dürfen die Erinnerung an die Leiden und an ihr Sterben nicht aus unserem Gedächtnis verdrängen.

Viele dieser Kriegstoten ruhen auf Kriegerfriedhöfen. Von zahlreichen davon sind Namen, Geburts- und Sterbedaten bekannt. Andere fanden in anonymen, zum Teil auch in Massen-Gräbern ihre Ruhestätte.

Die Grabstätten von Soldaten, zivilen Kriegsopfern, Flüchtlingen und politisch Verfolgten aller Nationen sind Mahnmale. Soldatenfriedhöfe sind eindringliche Mahner für den Frieden und die Völkerverständigung.



Allein in Österreich betreut das Österreichische Schwarze Kreuz (ÖSK) rund 1000 Soldatenfriedhöfe. Im Ausland sind es derzeit mehr als

400. Die Kriegstoten haben nach den internationalen Konventionen das dauernde Ruherecht. Das ÖSK arbeitet auch mit ähnlichen Organisationen in anderen Ländern zusammen. Der Leitgedanke des Österreichischen Schwarzen Kreuzes-Kriegsgräberfürsorge ist Arbeit für den Frieden. Diese Botschaft muss vor allem der Jugend in ganz Europa vermittelt werden. Es ist eine nationenübergreifende

Aufgabe. Es gilt auch, sich mit den Ursachen der kriegerischen Ereignisse, deren Leidtragenden, den Kriegsoffizieren sowie sonstigen Kriegsfolgen zu beschäftigen.

Durch die nationenübergreifenden Aktivitäten werden jene Gemeinsamkeit und Versöhnung gefördert, die neben gepflegten Gräbern und Gedenkstätten unabdingbar sind für eine Gesinnung des Friedens und der Völkerverständigung.

Ein verhängnisvoller Zeitgeist greift um sich. Kriegerdenkmäler und Gedenktafeln werden entfernt. Die Kriegstoten verlieren mit dem Wegfall ihrer öffentlichen Präsenz auch ihre mahnende Funktion zum Frieden. Wer aus der Vergangenheit nicht lernt, setzt sich der Gefahr aus, die leidvollen Erfahrungen von Neuem zu machen.

Beispiele für dieses „Denkmalstürmen“ sind die Totenbücher des Ersten und Zweiten Weltkrieges in der Krypta des Äußeren Burgtors in Wien, Gedenktafeln in der Loretokapelle bei den Kapuzinern in Bregenz und der Kapelle der Kapuziner in Bludenz. Diese wurden bedauerlicherweise aus der Öffentlichkeit verbannt.

Der Kampf zwischen den europäischen Völkern hat unsägliches Leid über die Länder gebracht. Leid und Kummer sind keiner Nation erspart geblieben. Die Blutkarte Europas zeigt die Schlachtfelder. Die Anzahl der Friedhöfe scheint endlos zu sein mit ihren unzähligen Gräbern und Kreuzen, eine ewige Warnung für die verantwortlichen Politiker. In der europäischen Erde ruhen Gefallene vieler Nationalitäten. Auf diesen Friedhöfen liegen Soldaten, die in der Kraft ihrer Jahre den Tod durch Waffengewalt fanden. Diese Friedhöfe sind in ganz Europa die fürchterlichen Narben einer schrecklichen Zeit. Beim Betrachten dieser Gräber kann man nur ahnen, wieviel Leid sie darstellen, und wie tief sich der Schmerz bei denjenigen eingebohrt hat, die als Hinter-

bliebene, als Vater, Mutter, Bruder, Schwester, Kind, Freund, Kamerad, diese Blutopfer seelisch zu verarbeiten hatten. Diese Trauer findet ihren letzten Ausdruck in der Kriegsgräberfürsorge; damit die einst geliebten Toten nicht vergessen werden. Trauern ist ein individuelles Erlebnis und ist nur schwerlich in passende Worte zu kleiden. Die Völker können und müssen sich der Katastrophen besinnen, die sie erlebt haben und sich des mahnenden Leides erinnern. Die blutigen Ereignisse in Europa müssen zu einer tieferen Besinnung führen. Aus dem Gedankengut eines vereinten Europas sind die einstigen Kriege auf den Schlachtfeldern Europas als „Bürgerkriege“ zu bezeichnen, fürchterliche Explosionen zwischen Völkern und Ländern der Welt, die aus einem gemeinsamen historischen Erbgut schöpfen und durch ein Band christlich-abendländischer Werte verbunden sind. Es sind Völker, die in gewisser Hinsicht zu derselben Zivilisation gehören, freilich mit den Merkmalen und Unterschieden, wie sie in jeder Familie vorkommen. Wir sind Kinder derselben Zivilisation. Wir tragen das Erbgut einer gemeinsamen Vergangenheit und wurden von denselben Idealen geprägt. Sehr oft waren wir feindliche Brüder; dennoch bleiben wir Kinder von den gleichen Eltern.

Es genügt jedoch nicht, bloß die Ereignisse und Ideen zu analysieren, die zu den Weltbränden geführt haben. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass solche Katastrophen in Zukunft vermieden werden.

Ihren Nährboden fand die Idee des europäischen Einigungsprozesses im Versöhnungswillen der europäischen Völker und in der Überzeugung, dass die Irrtümer und Fehler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vermieden werden müssen. Wir sollten uns tagtäglich besinnen und niemals vergessen, welchen Preis wir für den Durchbruch der europäischen Einsicht bezahlt haben.

Verständigung und Versöhnung ist nicht nur eine Aufgabe der Regierungen und Parlamente. Die Gesellschaft, die Bürger müssen ihren Teil dazu beitragen.

Pflicht der Lebenden ist es, der Kriegstoten in Ehrfurcht zu gedenken. Wenn wir uns von unseren Toten abwenden, verlieren wir nicht nur unsere Vergangenheit, sondern auch unsere Zukunft. Wir Lebenden sind nur ein Glied in der Kette der Generationen.

Karl Jaspers, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, gab 1958 folgende Antwort: *„Friede allein durch Freiheit [...], Freiheit allein durch Wahrheit [...]. Die umgekehrte Forderung erst Friede und dann Freiheit, täuscht. Denn ein durch Zufall oder durch Despotie oder geschickte Operation oder durch Angst aller Beteiligten für den Augenblick bestehender äußerer Friede ist nicht ein im Grunde des Menschen selbst gesicherter Friede.“*

Zum Autor: Oberst Prof. Erwin Fitz, Offizier und Historiker, stammt aus einer Familie, die mehr als ein halbes Jahrtausend tüchtige Kriegsmänner stellte. Nach der Offiziersausbildung Offiziersfort- und Weiterbildungen. Verwendung in verschiedenen Kommandanten- und Stabsfunktionen. Mitinitiator der internationalen Bodensee-Militär-Reunion, Aktivitäten zur internationalen Völkerverständigung, Verfasser zahlreicher historischer Publikationen, Leiter von militärhistorischen Studienfahrten, internationale Vortragstätigkeit, Mitinitiator der zeitgeschichtlichen Symposien, seit 1987 Präsident der Gesellschaft Vorarlberger Militärmuseum, Landesgeschäftsführer des Österreichischen Schwarzen Kreuzes-Kriegsgräberfürsorge Arbeit für den Frieden, Präsidiumsmitglied des Vorarlberger Landeskameradschaftsbundes, Träger des Verdienstzeichens des Landes Vorarlberg, der Einsatzmedaille des Österreichischen Bundesheeres sowie zahlreicher in- und ausländischer Auszeichnungen.



Memoriam Heinz Stritzl

Christine Hofmeister

Bildquellen: Christa Hofmeister

29. Mai 2021 - Ein Europäer aus tiefster Überzeugung und Brückenbauer hinterlässt eine große Lücke



Heinz Stritzl wurde am 27. Dezember 1921 als Sohn eines Eisenbahnbeamten in Unzmarkt in der Steiermark geboren. Seine Reise durch Europa begann bereits nach der Matura 1940 - als Kriegsfreiwilliger rückte er zum Gebirgsjägerregiment 136 in

Wörgl/Tirol ein, kam über Ungarn und Rumänien nach Bulgarien und Griechenland und als Gebirgsjäger landete er in Kreta. Wieder auf das Festland zurückgekehrt, erkrankte er an einer schweren Ruhr und wurde mit einem Lazarettsschiff von Piräus nach Saloniki transportiert. Auf dem Weitertransport per Bahn sah er in Jugoslawien die ersten zweisprachigen Aufschriften. Skopje trug noch den alten türkischen Namen Üsküb. Weitere militärische Stationen waren die Eismeerfront, Italien, der Apennin nördlich von Lucca und südlich von Bologna. Nach seiner Heimkehr im Sommer 1945, wurde er als ehemaliger Jungvolkführer in einem englischen Lager bei Graz interniert.

1947 begann seine journalistische Laufbahn beim damaligen „Steirerblatt“, wurde nach der Gründung der „Kleinen Zeitung“ Mitarbeiter im Lokalteil, 1954 wurde der Druck der Ausgabe für Kärnten nach Klagenfurt verlegt, Stritzl übersiedelte nach Kärnten und wurde 1958 mit der „Kärnten-Ausgabe“ betraut. Diese Funktion hatte er bis 1991 inne.

Seit Kriegsende war Heinz Stritzl der Überzeugung, dass nur ein geeintes Europa Zukunft für

die Menschen bedeutet. Er hat als Brückenbauer in vielen Bereichen gewirkt, seine Pläne stets zielstrebig vertreten und deutliche Spuren hinterlassen. Sein Interesse galt dem Alpen-Adria-Raum, schon bevor die grenzüberschreitende Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde.

Mit dem „Rat der Kärntner Slowenen“ gab es bald enge Verbindungen, besonders mit den Obmännern Dr. Valentin Inzko (Vater des Hohen Kommissars in Sarajewo) und Dr. Reginald Vospernik, langjähriger Direktor des slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt. Seit 2006 war er Sprecher der „Plattform Kärnten“, einer Dialog-Gruppe, die um eine Verständigung und ehrliche Versöhnung mit den slowenischen MitbürgerInnen bemüht ist. Ein stetes Anliegen waren ihm Minderheiten in den südosteuropäischen Ländern, die deutsche Volksgruppe in Slowenien, und besonders die Gottscheer waren ihm eine Herzensangelegenheit.

So kam Heinz Stritzl auch sehr früh zu den Europäischen Föderalisten, deren Ziel ein vereintes Europa ist. Diese Entwicklung dort hin wurde im Karl Brunner Europahaus Neumarkt in Stmk. / Schloss Forchtenstein nicht nur mitverfolgt, in unzähligen Seminaren, Tagungen und internationalen Treffen wurden Brücken der Verständigung vom schicksalsträchtigen Isonzo über Drau und Mur bis zu den Karpaten und zum Schwarzen Meer geschlagen. Früher als anderswo kamen Vortragende und Teilnehmer nicht nur aus dem freien Westen, sondern auch noch aus dem kommunistischen Osten, bis 1989 der Bann gebrochen wurde.

Im Europahaus Neumarkt lernte er Angehörige verschiedener europäischer Minderheiten kennen und schätzen, so auch Angehörige der Banater Berglanddeutschen, mit Erwin Josef Tjgla an der Spitze. „Die enge Verbindung mit Erwin Josef Tjgla ist für mich der wichtigste Kontakt zum Banater Bergland“ und – so Heinz Stritzl - „obwohl ich nie dort gewesen bin, kenne ich es gut“. 2003 wurde er mit dem „Alexander Tietz“-Preis ausgezeichnet.



Einmal hat Heinz Stritzl erzählt, auf Schloss Forchtenstein Burgherr zu sein, war sein Bubentraum. In gewisser Weise wurde er es auch – als Journalist und Europäer. 50 Jahre lang begleitete er zu

Pfingsten die internationalen Minderheiten-seminare, sowie die Europa-Foren im Juli und

war stets bemüht Artikel in der „Kleinen Zeitung“ und anderen Publikationen zu veröffentlichen. Als Dank für seinen nicht nur unermüdlichen journalistischen Einsatz wurde Heinz Stritzl am 17. Juli 2010 im Europahaus Neumarkt von der Fondation du Mérite Européen Luxembourg mit dem „Merite Europeen in Silber“ ausgezeichnet.

So gerne ich der Einladung folgte, Heinz Stritzl für das 9. Mai Europatag-Projekt „Drei Länder - drei Europäer - ein Europa“ der Deutschen Vortragsreihe der Banater Berglanddeutschen und des Kultur- und Erwachsenenbildungsvereines Deutsche Vortragsreihe Reschitza vorzustellen, so tief traf mich die Nachricht, dass eine langjährige Reise mit Heinz Stritzl mit 29. Mai 2021 zu Ende gegangen ist. Am 11. Mai habe ich mit ihm zuletzt gesprochen...

Heinz Stritzl, Europäer aus tiefster Überzeugung, Kavalier der alten Schule, Familienmensch und Liebhaber von Orchideen und Rosen ein ehrenvolles Gedenken zu bewahren, werde ich nicht vermeiden können.

Zur Autorin: Christa Hofmeister ist eine Europaaktivistin aus Österreich. Bekannt ist Sie als "Europachristl". Ihr Motto: „*Das Europa der Vielfalt bleibt in der Einheit stecken, wenn wir es versäumen, Europäer heranzubilden*“, sagt bereits viel über ihre Motivation und ihre jahrzehntelange Tätigkeit für die Europäische Föderalistische Bewegung (EFB) aus. Sie war bis 2018 das „Herz“ im Karl Brunner Europa-Haus / Schloss Forchtenstein in Neumarkt und zusammen mit Max Wratschgo ein „Fels in der Brandung“. Über viele Jahre oblag ihr die Schriftleitung der Zeitschrift Europa-stimme. Informationen in die Bevölkerung zu bringen war stets ein Schwerpunkt der EFB und auch ihr ein besonders Anliegen. Besonders in den Jahren der Vorbereitung der EU-Erweiterung war es notwendig, der Bevölkerung die Chancen und Risiken bewusst zu machen. So war sie maßgeblich an der Gestaltung und Verbreitung unzähliger Präsentationen von Ausstellungen und Informationsschriften (Schritte der Erweiterung, Euro, Schengen) über den Europarat, Freiheitskampf der Ungarn und die Arbeit für Europa der Europäischen Föderalisten beteiligt. Große Verdienste hat sie sich auch um die Zusammenarbeit mit Gruppen aus Ungarn, Rumänien, Italien und Bayern erworben. Sie ist Trägerin zahlreicher Auszeichnungen, wie auch dem Goldenen Ehrenzeichen des Landes Steiermark (2002) und des Mérite Européen in Bronze (1979) und Silber (2009).



Wie Europa-Kritik nicht funktionieren sollte

von Anton Schäfer

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) kritisierte wegen der schleppenden Impfstoffbereitstellung am 1. März 2021 die EU-Arzneimittelbehörden EMA und fordert eine Notfallzulassung des COVID-19-Impfstoffs des US-Konzerns Johnson & Johnson. Dieser sei in den USA bereits zugelassen. *„Die EMA sei nun gefordert, den Impfstoff von Johnson & Johnson auch möglichst schnell und unbürokratisch zuzulassen unter Einhaltung aller wissenschaftlichen Standards“*. Johnson & Johnson hatte jedoch bereits Anfang Februar die Notfallzulassung für ihren CoV-Impfstoff bei der US-Arzneimittelbehörde FDA beantragt, Mitte Februar folgte der Antrag bei der EU-Arzneimittelbehörde.¹

Am selben Tag wird bekannt, dass Kurz ein Angebot Israels bereits vom Mai 2020, COVID-19-Impfstoffe gemeinsam zu beschaffen, abgelehnt hatte.² Am 1. März 2021, rund ein Jahr später, teilt Kurz mit, nun mit Israel kooperieren zu wollen, weil die EMA zu langsam sei.³

Diese Kritik von Sebastian Kurz an der EU-Kommission wegen der Impfstoffbeschaffung stieß international auf Kritik. So kann der Gesundheitssprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, Peter Liese, diese nicht nachvollziehen: *„Ich bin ziemlich verärgert über meinen EVP-Freund Kurz“*, sagte der deutsche Politiker laut der deutschen Zeitung *„Die Welt“*. Sebastian Kurz habe im Herbst die Möglichkeit gehabt, den Kurs der EU in der Krise maßgeblich mitzugestalten. Auch sei von Österreich mit Clemens Martin Auer als Ko-Chef der EU-Steuerungsgruppe eine Person an zentraler Stelle des Brüsseler Entscheidungsprozesses entsandt worden. *„Es ist nicht fair, jetzt die EU-Kommission zu kritisieren.“*

Österreich war doch im Lead mit dem Beamten Auer“, sagte Peter Liese weiter.⁴ *„Sebastian Kurz tritt völlig unzulässigerweise als Ankläger auf, er ist ein Bittsteller“*. Schuld an den unterschiedlichen Impfstoffmengen seien *„Fehlentscheidungen“* einiger Staaten, darunter Österreichs.

Der Europastaatssekretär Michael Roth (SPD) meinte, er sei überrascht, dass der Eindruck mangelnder Solidarität entstanden sei. *„Wir haben hier ein sehr transparentes Verfahren“*. Wenn einige Staaten, darunter Österreich, dass ihnen nach Bevölkerungsgröße zustehenden Impfstoffkontingente nicht ausgeschöpft hätten, dann seien diese dafür selbst verantwortlich. *„Daraus einen Konflikt zu konstruieren, der der Heilung bedarf, sehe ich überhaupt nicht“*, sagte Roth. *„Ich sehe derzeit keine Veranlassung, an diesem transparenten und sehr fairen Verfahren etwas zu verändern“*.⁵

EU-Abgeordnete Claudia Gamon (NEOS) erklärte zu dieser Situation, dass sich Österreich ohne Not in Konflikt mit anderen Staaten der Union bringe. Die Regierung hätte zusätzliche Dosen abrufen können, habe es aber nicht gemacht. Nun stehe Österreich im Eck.⁶

Wenig später wurde bekannt, dass auch Slowenien, welches sich ebenfalls über die Zuteilung der Impfstoffe beschwerte (wie übrigens auch die Slowakei und Bulgarien), zuvor auf rund 900.000 Impfstoffdosen freiwillig verzichtet hatte.⁷

Es dies sicherlich kein Glanzstück der Diplomatie. Leider, wie wir aus der Vergangenheit wissen, ist dies aber auch kein Einzelfall. Dies beschädigt das Vertrauen der Unionsbürger sowohl in die nationale Politik als auch in die europäischen Institutionen, ohne, dass jemand einen „Mehrwert“ auf Dauer davon hätte.

¹ <https://orf.at/stories/3203395/> Kurz fordert Zulassung von Johnson & Johnson, Webseite: orf.at vom 1. März 2021.

² <https://orf.at/stories/3203444/> „FT“: Kurz lehnte Vakzinbeschaffung mit Israel ab, Webseite: orf.at vom 1. März 2021.

³ <https://orf.at/stories/3203524/> Kurz will bei Impfstoffproduktion mit Israel kooperieren, Webseite: orf.at vom 2. März 2021 und <https://orf.at/stories/3203979/> Österreich, Israel und Dänemark gründen Stiftung, Webseite: orf.at vom 4. März 2021.

⁴ <https://orf.at/stories/3204148/> EVP-Gesundheitssprecher „ziemlich verärgert“ über Kurz, Webseite: orf.at vom 5. März 2021 und Werner

Mussler: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/sebastian-kurz-kritisiert-verteilung-von-corona-impfstoff-in-der-eu-17245907.html> In Brüssel wird über Kurz' Brief gespottet, Webseite: faz.net vom 15. März 2021.

⁵ <https://orf.at/stories/3206366/> Impfstoff. Deutschland erteilt Österreich Absage, Webseite: orf.at vom 23. März 2021.

⁶ <https://orf.at/stories/3206412/> Impfstoffbeschaffung: Kurz verteidigt Vorgehen gegen Kritik, Webseite: orf.at vom 23. März 2021.

⁷ <https://orf.at/stories/3206479/> Slowenien kaufte nicht alle verfügbaren Vakzinmengen, Webseite: orf.at vom 24. März 2021.



Konferenz zur Zukunft Europas

Konferenz für die Zukunft Europas ist gestartet!

Aufruf von Eva Lichtenberger (ehemaliges MdEP)

Wie notwendig eine vertiefte Diskussion über die Institutionen der Union, über neue Kompetenzen und auch über die Beteiligung der BürgerInnen an dieser Debatte wäre, hat uns die Corona-Krise überdeutlich vor Augen geführt.

Am Europatag 2021 hat sie nun endlich begonnen, die immer wieder aufgeschobene Konferenz für die Zukunft Europas und wie angekündigt gibt es auch Möglichkeiten für die Zivilgesellschaft, sich daran zu beteiligen. Die Konferenz für die Zukunft Europas bietet uns also die Chance unsere Ideen für ein föderales Europa einzubringen. Die Union Europäischer Föderalisten hat dazu ein Positionspapier entwickelt. Viele prominente Europäerinnen und Europäer haben diesen Appeal bisher schon unterstützt – die beeindruckende Liste ist auf der Homepage zu finden.¹

Wir sind alle aufgerufen, uns an dieser Diskussion zu beteiligen! Macht Gebrauch davon, in welcher Form auch immer. Diese Chance müssen wir nutzen!

↑ Mitglieder des Exekutivausschusses

Name	Land	EP-Fraktion	Funktion
Für das Europäische Parlament:			
Guy Verhofstadt	Belgien	RE	Co-Vorsitz (vom Parlament nominierter Vorsitzender)
Manfred Weber	Deutschland	EVP	Vertreter (Fraktionsvorsitzender)
Iratxe García Pérez	Spanien	S&D	Vertreterin (Fraktionsvorsitzende)
Für den Rat:			
Ana Paula Zacarias	Portugal	S&D	Europastaatssekretärin (Co-Vorsitz bis zum Ende der portugiesische EU-Ratspräsidentschaft Mitte 2021)
Gašper Dovžan	Slowenien	EVP	Europastaatssekretär (Co-Vorsitz ab Mitte 2021 für die slowenische EU-Ratspräsidentschaft)
Clément Beaune	Frankreich	RE	Europastaatssekretär (Co-Vorsitz ab Anfang 2022 für die französische EU-Ratspräsidentschaft)
Für die Kommission:			
Dubravka Šuica	Kroatien	EVP	Co-Vorsitz (Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie)
Maroš Šefčovič	Slowakei	S&D	Vertreter (Vizepräsident für interinstitutionelle Beziehungen)
Věra Jourová	Tschechien	RE	Vertreterin (Vizepräsidentin für Werte und Transparenz)

Darüber hinaus nehmen weitere Mitglieder der o.g. Institutionen sowie Vertreter von Interessensgruppen als Beobachter teil.

(Quelle: der Tabelle, Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_zur_Zukunft_Europas)

¹ <https://www.federalists.eu/>

Vereinsnachrichten

EuropaUnion Vorarlberg

Der Europatag konnte aufgrund der COVID-19-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung in Vorarlberg nicht öffentlich gefeiert werden. Wir bedauern dies sehr und setzen auf die Zukunft 😊

JEF Österreich

Bundsvorsitzender Eduardo Alvarado

Ich wurde beim letzten Bundeskongress der Jungen Europäischen Föderalisten Österreich, welcher am 09.11.2019 im H64 Max Wratscho Europahaus in Hennersdorf stattfand, als Nachfolger von Abdul Aydemir, zum JEF Bundesvorsitzenden gewählt. Kurze Zeit später wurde die gesamte Welt von der Covid-19 Pandemie überrascht. JEF Österreich hat sich schnell an die aktuelle Lage angepasst und in Rekordzeit eine Umstellung aller unserer Aktivitäten auf Online-Events durchgeführt. Besonders müssen wir uns hier bei Dr.ⁱⁿ Nana Walzer bedanken, die uns schon seit Jahren tatkräftig in der Jugend- und Europaarbeit unterstützt und auch während des ersten Lockdowns täglich mit uns Podcasts und LiveTalks durchgeführt hat und zudem gemeinsam mit unserem JEF Bundesgeschäfts-

führer Daniel Gerer zahlreiche Covid-19-sichere Online-Trainings, -Videoformate, -Debatten und andere Aktivitäten entwickelt und umgesetzt hat. Ebenso einen besonderen Dank an unser gesamtes Bundesteam und vor allem an Patrick Tobiaschek, der während der Pandemie unermüdlich unsere Kernfunktionen am Laufen hielt. Ich selbst habe die letzten Monate im H64 Max Wratschgo Europahaus verbracht und von dort aus mit unserem Bundesteam an unseren Aktivitäten gearbeitet und regelmäßig ein #JEFupdate als kurzen Videoclip produziert, wo wir auf unsere aktuellen Tätigkeiten hinweisen. Die zahlreichen neuen Onlineformate wie Podcasts der JEF Österreich werden wir auch nach der Pandemie weiterführen.



Bildquelle: Daniel Gehrler

Vereinsnachrichten

#EUROPAgegenCovid19

Europa Initiativen in Zeiten der Pandemie

Daniel Gehrler

Der Covid-19 Ausbruch hat weltweit alles verändert. Die Europäischen Föderalisten in Österreich haben rasch auf die aktuelle Situation reagiert und innerhalb der ersten Woche der Covid-19 Schutzmaßnahmen die Initiative #EUROPAgegenCovid19 gemeinsam mit Partnern umgesetzt. Die Jungen Europäischen Föderalisten Österreich waren hierbei maßgeblich gemeinsam mit Europe Direct und R9 Regional TV tätig. Dr.ⁱⁿ Nana Walzer, Vorsitzende der NGO Europe United, hat mit Daniel Gerer diverse Aktionen und Formate entwickelt, um während der Pandemie EU-Mythen aufzuklären und die Europäische Idee zu verbreiten. So wurden erfolgreich diverse Online LiveTalks, Podcasts, Videoclips von den Europäischen Föderalisten Österreich veröffentlicht und vieles hiervon wurde auch bundesweit im Fernsehen ausgestrahlt.

Die Video-Podcast Reihe „#EUROPAgefühlsecht – Corona Spezial“ (<http://gefuehlsecht.eu>)

beleuchtete ab 13.03.2020 unter Federführung von Nana Walzer nicht nur Fragen zu Virus und Gesundheits-Maßnahmen. Auch die gesellschaftlichen Folgen sowie Hintergründe von Unsicherheiten und Ängsten wurden im Sinne der ZuseherInnen unterhaltsam und informativ, etwa gemeinsam mit Alexander Goebel und verschiedenen ExpertInnen aufgearbeitet. Informationen zu Beratungsstellen und Bezugsquellen aktueller Informationen rundeten das Bild ab. Diese Reihe wurde von R9 TV täglich bundesweit im Fernsehen gezeigt. Es folgten die Podcasts-Reihen „#EUROPAgefühlsecht – Regional Spezial“ und „#EUROPAgefühlsecht – Die 4. Macht“. Sie bieten eine vertiefende Aufbereitung wesentlicher Aspekte im Kampf gegen Covid-19 wie regionale Gegebenheiten und die Rolle der (sozialen) Medien und erreichten in diversen (sozialen) Medien gesamt ein Millionenpublikum.



Bildquelle: Daniel Gehrler

“#EUmythbusters“ richtet sich speziell gegen Desinformation: Ein Kreativwettbewerb lädt Jugendliche dazu ein, Corona-Mythen humorvoll zu entkräften (<http://EUmythbusters.eu>). Mit dem ersten Platz im Jahr 2020 wurde der

14-Jährige Youtuber Vinz Buhberk (<http://vinz.video>) und mit dem Sonderpreis die Bestattung Wien für “Corona leugnen sichert Arbeitsplätze“ ausgezeichnet.



Bildquelle: Daniel Gehrer

Um die richtige Darstellung der wissenschaftlichen Fakten geht es auch bei „M.E.G.A – Make Europe Gscheit Again“ (<http://MEGA.video>), welche von der Gruppe “What the Fact“ bestehend aus: Christina Alma Emilian, Florian Aigner und Martin Moder im Rahmen von #EUmythbusters und #EUOPAgegenCovid19 produziert werden. Es werden witzig und hochinformativ zugleich, die im Netz kursierenden Falschaussagen rund um das Virus und die vorbeugenden Maßnahmen gegen die Ausbreitung desselben aufgeklärt. M.E.G.A. Videos wurden unter anderem vom deutschen Robert Koch Institut geteilt und erreichten gesamt bis jetzt über 2 Millionen Views. Seit Ende März 2020 gehört #Ferngespräch jeden Dienstag auf <http://twitch.tv/wildmics> für viele zum wöchentlichen Abendprogramm. Das Kernteam des Live-Talks von und mit Ex RTL Samstag Nacht Comedian und “Bernd das Brot“ Erfinder Tommy Krappweis besteht aus Kulturwissenschaftlerin Alexa Waschkau, Alexander Waschkau (beide vom Hoaxilla Podcast), Journalist und Autor Bernd Harder, Physiker Holm Gero Hümmler, Molekularbio-

loge Martin Moder und Kriminalpsychologin Lydia Benecke. Dazu kommen inzwischen fast 20 weitere Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Fachdisziplinen wie zum Beispiel Kommunikationswissenschaftlerin Nana Walzer und der Physiker und Wissenschaftsvermittler Florian Aigner. Diese bringen fundierte, wissenschaftlich belegbare Fakten mit in die Gespräche, in deren Verlauf aber auch der Humor nicht zu kurz kommt. Heraus kommt eine unterhaltsame, faktenbasierte und erfrischend neue Form von Wissenschaftskommunikation, die eine breite Masse an Menschen anspricht. Mit speziellen #EUmythbusters „#Ferngespräch“-Folgen in Zusammenarbeit mit JEF Österreich, von und mit Tommy Krappweis und Hoaxilla Podcast Folgen wurde auch grenzüberschreitend, publikumswirksam im deutschsprachigen Raum über Covid-19 und EU-Mythen aufgeklärt, wobei besonders europäische Zusammenhänge im Mittelpunkt standen. Bei einigen dieser LiveTalks waren über 6.000 Personen live im Chat dabei.

Die #EUROPAgegenCovid19 Initiative beinhaltet viele weitere Aktivitäten wie online-Trainings, online-Veranstaltungen und online-Debatten. So wurden seit 2020 von der Jugend NGO JEF.at in Zusammenarbeit mit WH Media und Europe Direct Wien in über 60 unterschiedlichen, kostenlosen Trainings über 1000 Jugendliche als MultiplikatorInnen gewonnen. Besonders beliebt sind die Podcasts Trainings von Nikola Vodicka. Ebenso wurden hilfreiche Seiten etwa zum Report von Fake News (<http://REPORTfake.news>) oder Kurzlinks für den Gebrauch in (sozialen) Medien zu relevanten EU Webseiten eingerichtet wie <http://EUfake.news> (EU gegen Falschinformation) oder <http://EUhandelt.jetzt> (Krisenreaktion der EU).

Die „#EUROPAgegenCovid19“ Initiative entstand in Zusammenarbeit der Europa NGOs

der Europäischen Föderalisten Österreich (BEJ/ JEF.at, EFB.at), Europe:United (<http://europeunited.eu>) mit dem Europe Direct Netzwerk Österreich (<http://EUROPE.direct>), dem Europäischen Bildungsinstitut, R9-Regional TV (r-9.at), Talk27.eu und der WH Media GmbH. Weitere beteiligte NGOs sind unter anderem AIESEC, AEGEE, ESN, EYP, DK Wien, Vienna Comix oder Vienna Goes Europe. Umgesetzt wurden die Aktivitäten im H64 Max Wratschgo Europahaus in Hennersdorf bei Wien.

Diese ehrenamtliche, gemeinsame Initiative der Europäischen Föderalisten und aller Partner wurde mehrfach international ausgezeichnet: mit dem Europäischen Comenius Siegel 2020, dem Europäischen Comenius Sonderpreis 2020 und dem EU Civil Solidarity Award 2020 durch das EESC!



Bildquelle: Daniel Gehrler

Europa-Wikipedia

In diesem Europa-Wikipedia sollen mit wenigen Sätzen Begriffe erklärt werden. Vorbild ist für dieses Europa-Wikipedia die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, welche es seit dem 15. Jänner 2001 gibt und heuer 20 Jahre alt geworden ist.

Fondation du Mérite Européen

Fondation du Mérite Européen, Luxembourg, ist eine gemeinnützige Stiftung in Luxemburg zur Stärkung der universellen Werte, für die Europa steht. Die Stiftung wurde am 8. Februar 1969 von François Visine (* 1922–1995) gegründet. Seit den 1970er Jahren haben für

das gemeinsame Europa bedeutende Persönlichkeiten, wie die luxemburgischen Premierminister Gaston Thorn, Pierre Werner, Jacques Santer und Jean-Claude Juncker eine prägende Rolle in der Stiftung eingenommen.

Mérite Européen Freundes- und Förderkreis Deutschland e.V.

Die Luxemburger Stiftung wird in Deutschland durch den „Mérite Européen Freundes- und Förderkreis Deutschland e.V.“ unterstützt, der von dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel im Jahre 1995 ins Leben gerufen wurde. Der deutsche Mérite Européen Freundes- und Förderkreis mit Sitz in Sankt Augustin bei Bonn ist ein beim Bundestag



Auszeichnung Mérite Européen in Bronze

akkreditierter gemeinnütziger Verein, der sich insbesondere um die Verbreitung des europäischen Gedankens sowie die Ehrung von Personen und Organisationen im Sinne der Stiftung in den deutschsprachigen EU-Staaten und den Anrainerstaaten kümmert. Der Verein ist Teil der Stiftung Mérite Européen.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) war ein 1952 bis 1954 propagiertes, jedoch nicht verwirklichtes Projekt, u.a. eine gemeinsame europäische Armee zu schaffen. Diese sollte, auf Grundlage des Pleven-Plans, eine weitere europäische Einigung fördern, das Besatzungsstatut Deutschlands beenden und gleichzeitig eine unmittelbare Wiederbe-

waffnung Deutschlands verhindern. Das Projekt erhielt 1954 im französischen Parlament keine Mehrheit. 1955 wurde die westdeutsche Wiederbewaffnung stattdessen durch den NATO-Beitritt der Bundesrepublik ermöglicht.

Anstelle der EVG wurde die Westeuropäische Union (WEU) gegründet.

Zu guter Letzt

Mauern in Europa

Der Bau von Mauern erzeugt in Europa bei vielen Menschen negative Erinnerungen. Die Regierung der Republik Zypern baut derzeit zur Abwehr von Geflüchteten aus dem türkisch-zypriotischen besetzten Norden eine solche Absperrung entlang der faktischen Trennungslinie zwischen Süd- und Nordzypern. Es werden immer wieder Flüchtlinge, vor allem aus Afghanistan und Syrien, aufgegriffen, welche die Europäische Union erreichen wollen. Die Regierung in Nikosia hat die EU-Kommission über den Mauerbau informiert. Die Stacheldrahtabspernung soll zunächst elf Kilometer lang sein.

Bereits mehr als 3,5 Prozent der Bevölkerung in der Republik Zypern seien Flüchtlinge. In den vergangenen Jahren sei die Zahl der Menschen, die nach Zypern gekommen immer weiter gestiegen. 2016 waren es 2.936 Personen, 2017:4582, 2018:7761 und 2019 rund 10.000. Angaben für 2020 und 2021 liegen noch nicht vor.

In der Republik Zypern leben rund 850.000 Menschen, auf der gesamten Insel rund 1,12 Millionen Menschen.

Dass der Bau von Mauern, Zäunen, Wällen und sonstige Abwehrmaßnahmen auf lange Sicht keine Lösung ist, zeigte die Vergangenheit in ganz Europa aber auch weltweit.

Auch in den spanischen Enklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, konnten bis heute keine dauerhaften Lösungen durch Zäune etc. erreicht werden. Menschen, die wenig oder nichts zu verlieren haben, lassen sich durch solche Hindernisse nur eingeschränkt abhalten. Die Europäische Union – als Friedensmacht oder als geopolitischer Akteur wird nur dann eine Lösung dieser Probleme miterreichen können, wenn die weltweiten Ressourcen und Möglichkeiten fair aufgeteilt werden. Dies bedeutet nicht, dass alle Menschen weltweit denselben Lebensstandard haben müssen, jedoch so viel, dass sie davon leben und ihr weiteres Schicksal selbst bestimmen können. (Red)

Unser Max!



Der 1. Award *„European of the Year“* für herausragendes Europa-Engagement ging an den Doyen unserer Bewegung, Max Wratschgo.

Er wurde ihm anlässlich seines Besuches im nach ihm benannten Max Wratschgo-Europahaus in Hennersdorf bei Wien von Dr. Nana Walzer übergeben.

Bei dieser Gelegenheit gratulieren wir unserem Max zu seinem Geburtstag am 2. Juli. Wir wünschen Ihm auf diesem Weg das Allerbeste, viel Gesundheit und Freude.